

No. 43005

**Slovenia
and
Germany**

Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Federal Republic of Germany on the reciprocal protection of classified material. Ljubljana, 12 June 2001

Entry into force: *3 February 2004 by notification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Slovene*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Slovenia, 29 August 2006*

**Slovénie
et
Allemagne**

Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant la protection mutuelle de pièces classifiées. Ljubljana, 12 juin 2001

Entrée en vigueur : *3 février 2004 par notification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et slovène*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Slovénie, 29 août 2006*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]
Abkommen

zwischen

der Regierung der Republik Slowenien

und

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

über

den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

Die Regierung der Republik Slowenien
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland -

in der Absicht, die Sicherheit aller Verschlusssachen zu gewährleisten, die von der zuständigen Behörde einer Vertragspartei oder auf deren Veranlassung eingestuft und der anderen Vertragspartei über die hierfür ausdrücklich ermächtigten Behörden oder Stellen zu dem Zweck, den Erfordernissen der öffentlichen Verwaltung zu entsprechen, oder im Rahmen staatlicher Verträge und Aufträge mit öffentlichen oder privaten Stellen beider Länder übermittelt wurden,

geleitet von der Vorstellung, eine Sicherheitsregelung zu schaffen, die für alle zwischen den Vertragsparteien zu schließenden Abkommen über Zusammenarbeit und zu vergebende Aufträge, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten soll -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind:

a) In der Republik Slowenien:

Daten, die im öffentlichen Interesse als geheimhaltungsbedürftig behandelt werden, ungeachtet ihrer Form. Daten können in mündlicher, visueller oder dokumentarischer Form oder in Form von Ausstattung oder Technologie vorkommen.

Verschlusssachen sind mit folgenden Verschlusssachengraden gekennzeichnet:

1. Mit dem Grad STROGO ZAUPNO sind die Daten gekennzeichnet, deren Aufdeckung oder Entnahme für den Staat schwerwiegende Folgen haben könnte.
2. Mit dem Grad ZAUPNO sind die Daten gekennzeichnet, deren Aufdeckung oder Entnahme schädliche Folgen für die Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft verursachen könnte.
3. Mit dem Grad INTERNO sind die Daten über die Tätigkeiten einer Staatsbehörde gekennzeichnet, deren Behandlung wegen der Durchführung der Aufgaben der Behörde auf die Bediensteten beschränkt sein muss.

b) In der Bundesrepublik Deutschland:

im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung eingestuft.

Eine Verschlussache ist

1. GEHEIM, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen kann;
2. VS-VERTRAULICH, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann;
3. VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann.

(2) Demnach vereinbaren die Vertragsparteien, dass folgende Verschlusssachengrade vergleichbar sind:

Bundesrepublik Deutschland

Republik Slowenien

GEHEIM

STROGO ZAUPNO

VS-VERTRAULICH

ZAUPNO

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

INTERNO

(3) Für Verschlusssachen des Verschlusssachengrads VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH / INTERNO finden die Vereinbarungen im nachstehenden Artikel 2 Absatz 3 im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Sicherheitsüberprüfung, Artikel 3 und 4, Artikel 6 Absätze 1 bis 3 sowie Artikel 7 keine Anwendung.

Artikel 2

Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlusssachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des entsprechenden Verschlusssachengrads gilt.

(2) Die Vertragsparteien werden die betreffenden Verschlusssachen nicht ohne vorherige Zustimmung der Behörde, die die Einstufung veranlasst hat, Dritten zugänglich machen und die Verschlusssachen ausschließlich für den angegebenen Zweck verwenden.

(3) Die Verschlusssachen dürfen insbesondere nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren dienstliche Aufgaben die Kenntnis notwendig machen und die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung, die mindestens so streng sein muss wie die für den Zugang zu nationalen Verschlusssachen der entsprechenden Einstufung, zum Zugang ermächtigt sind.

(4) Die Vertragsparteien sorgen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen.

Artikel 3

Vorbereitung von Verschlusssachenaufträgen

Beabsichtigt eine Vertragspartei, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu vergeben, beziehungsweise beauftragt sie einen Auftragnehmer in ihrem Hoheitsgebiet, dies zu tun, so holt sie zuvor von der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eine Versicherung dahingehend ein, dass der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem angemessenen Verschlusssachengrad sicherheitsüberprüft ist und über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen angemessenen Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, dass das Geheimschutzverfahren des überprüften Auftragnehmers in Einklang mit den innerstaatlichen Geheimschutzbestimmungen steht und von der Regierung überwacht wird.

Artikel 4

Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

(1) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde ist dafür verantwortlich, dass jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Auftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Verschlusssachengrad eingestuft wird. Auf Anforderung der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei teilt sie dieser in Form einer Liste (Verschlusssacheneinstufungsliste) die vorgenommenen Verschlusssacheneinstufungen mit. In diesem Falle unterrichtet sie gleichzeitig

die für den Auftragnehmer zuständige Behörde der anderen Vertragspartei darüber, dass der Auftragnehmer sich dem Auftraggeber gegenüber verpflichtet hat, für die Behandlung von Verschlussachen, welche ihm anvertraut werden, die Geheimschutzbestimmungen seiner eigenen Regierung anzuerkennen und gegebenenfalls gegenüber der zuständigen Heimatbehörde eine entsprechende Erklärung (Geheimschutzklausel) abzugeben.

(2) Soweit die für den Auftragnehmer zuständige Behörde eine Verschlussacheneinstufungsliste von der für den Auftraggeber zuständigen Behörde angefordert und erhalten hat, bestätigt sie den Empfang schriftlich und leitet die Liste an den Auftragnehmer weiter.

(3) In jedem Fall stellt die für den Auftragnehmer zuständige Behörde sicher, dass der Auftragnehmer die geheimschutzbedürftigen Teile des Auftrags entsprechend der Geheimschutzklausel als Verschlussache des eigenen Staates nach dem jeweiligen Verschlussachengrad der ihm zugeleiteten Verschlussacheneinstufungsliste behandelt.

(4) Soweit die Vergabe von VS-Unteraufträgen von der zuständigen Behörde zugelassen ist, gelten Absätze 1 und 3 entsprechend.

(5) Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass ein Verschlussachenauftrag erst dann vergeben beziehungsweise dass an den geheimschutzbedürftigen Teilen mit den Arbeiten erst dann begonnen wird, wenn die erforderlichen Geheimschutzvorkehrungen beim Auftragnehmer getroffen worden sind oder rechtzeitig getroffen werden können.

Artikel 5

Kennzeichnung

(1) Die übermittelten Verschlussachen werden von der für ihren Empfänger zuständigen Behörde oder auf ihre Veranlassung mit dem vergleichbaren nationalen Verschlussachengrad gekennzeichnet.

(2) Die Kennzeichnungspflicht gilt auch für Verschlusssachen, die im Empfängerstaat im Zusammenhang mit Verschlusssachenaufträgen entstehen oder die vervielfältigt werden.

(3) Verschlusssachengrade werden von der für den Empfänger einer Verschlusssache zuständigen Behörde auf Ersuchen der zuständigen Behörde des Ursprungsstaats geändert oder aufgehoben. Die zuständige Behörde des Ursprungsstaats teilt der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei ihre Absicht, einen Verschlusssachengrad zu ändern oder aufzuheben, sechs Wochen im Voraus mit.

Artikel 6

Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen grundsätzlich durch den diplomatischen oder militärischen Kurierdienst befördert. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie gemäß den nationalen Sicherheitsbestimmungen an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden können für ein genau bezeichnetes Vorhaben - allgemein oder unter Festlegung von Beschränkungen - vereinbaren, dass Verschlusssachen unter den Bedingungen des Absatzes 3 auf einem anderen als dem diplomatischen oder militärischen Kurierweg befördert werden dürfen, sofern die Einhaltung des Kurierwegs den Transport oder die Ausführung unangemessen erschweren könnte.

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen muss

- der Befördernde zum Zugang zu Verschlusssachen des vergleichbaren Verschlusssachengrads ermächtigt sein;
- bei der absendenden Stelle ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen verbleiben; ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde zu übergeben;

- die Verschlusssache nach den für die Inlandsbeförderung geltenden Bestimmungen verpackt sein;
- die Übergabe der Verschlusssachen gegen Empfangsbescheinigung erfolgen;
- der Befördernde einen von der für die versendende oder die empfangende Stelle zuständigen Sicherheitsbehörde ausgestellten Kurierausweis mit sich führen.

(4) Für die Beförderung von Verschlusssachen von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz im Einzelfall durch die zuständigen Behörden festgelegt.

(5) Verschlusssachen der Einstufung VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH / INTERNO können an Empfänger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei mit der Post versandt werden.

Artikel 7

Besuche

(1) Besuchern aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen an Verschlusssachen gearbeitet wird, nur mit vorhergehender Erlaubnis der zuständigen Behörde der zu besuchenden Vertragspartei gewährt. Sie wird nur Personen erteilt, die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang zu Verschlusssachen ermächtigt sind.

(2) Besucher sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie einreisen, nach den in diesem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen anzumelden. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten der Anmeldung mit und stellen sicher, dass der Schutz personenbezogener Daten eingehalten wird.

Artikel 8

Sicherheitsverstöße

(1) Sicherheitsverstöße, bei denen eine Preisgabe von Verschlusssachen nicht auszuschließen ist, vermutet oder festgestellt wird, sind der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(2) Sicherheitsverstöße werden von den zuständigen Behörden und Gerichten der Vertragspartei, deren Zuständigkeit gegeben ist, nach dem Recht dieser Vertragspartei untersucht und verfolgt. Die andere Vertragspartei soll auf Anforderung diese Ermittlungen unterstützen und ist über das Ergebnis zu unterrichten.

Artikel 9

Kosten der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen

Die den Behörden einer Vertragspartei bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen entstandenen Kosten werden von der anderen Vertragspartei nicht erstattet.

Artikel 10

Zuständige Behörden

Die Vertragsparteien unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieser Vereinbarung zuständig sind.

Artikel 11

Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Zwischen den beiden Vertragsparteien bestehende bereichsbezogene Übereinkünfte, mit denen der Schutz von Verschlusssachen geregelt wird, gelten fort, soweit ihre Bestimmungen nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

Artikel 12

Konsultationen

- (1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nehmen von den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Sicherheitsbestimmungen Kenntnis.
- (2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag einer dieser Behörden.
- (3) Jede Vertragspartei erlaubt der nationalen Sicherheitsbehörde der anderen Vertragspartei oder jeder im gegenseitigen Einvernehmen bezeichneten anderen Behörde Besuche in ihrem Hoheitsgebiet zu machen, um mit ihren Sicherheitsbehörden ihre Verfahren und Einrichtungen zum Schutz von Verschlusssachen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt wurden, zu erörtern. Jede Vertragspartei unterstützt diese Behörde bei der Feststellung, ob solche Informationen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt worden sind, ausreichend geschützt werden. Die Einzelheiten werden von den zuständigen Behörden festgelegt.

Artikel 13

Inkrafttreten, Geltungsdauer, Änderung, Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Slowenien die Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Notifikation.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege eine Änderung dieses Abkommens beantragen. Wird von einer Vertragspartei ein entsprechender Antrag gestellt, so werden von den Vertragsparteien Verhandlungen über die Änderung der Abkommens aufgenommen.

(4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich kündigen. Im Fall der Kündigung sind die aufgrund dieser Vereinbarung übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlusssachen weiterhin nach den Bestimmungen des Artikels 2 Absatz 1 zu behandeln, solange das Bestehen der Einstufung dies erfordert.


(5) Nach Inkrafttreten dieses Abkommens erfolgt nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen die Registrierung beim Sekretariat der Vereinten Nationen.

Geschehen zu Ljubljana am 12. Juni 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Republik Slowenien



Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



[SLOVENE TEXT — TEXTE SLOVÈNE]
Sporazum

med

Vlado Republike Slovenije

in

Vlado Zvezne republike Nemčije

o vzajemnem varovanju zaupnih podatkov

Vlada Republike Slovenije

in

Vlada Zvezne republike Nemčije

sta se z namenom zagotoviti varnost vseh zaupnih podatkov, ki jih je kot take razvrstil pristojni organ ene pogodbenice ali so bili razvrščeni po njegovi odredbi in so jih drugi pogodbenici poslali organi ali službe, ki so bili v ta namen izrecno pooblaščen, da bi tako zadostili zahtevam javne uprave, ali pa so bili poslani na podlagi državnih pogodb z javnimi ali zasebnimi službami obeh držav ali naročil le-tem, in

za uresničitev zamisli, da se oblikuje varnostna ureditev, ki naj velja za vse sporazume o sodelovanju, ki jih bosta pogodbenici med seboj sklenili, in za naročila, ki jih bosta dali, in s katerimi je povezana izmenjava zaupnih podatkov,

sporazumeli, kot sledi:

1. člen

Opredelitev pojma in primerljivost

(1) Zaupni podatki v smislu tega sporazuma so:

a) v Republiki Sloveniji:

podatki, ki se v javnem interesu obravnavajo kot zaupni, ne glede na svojo obliko. Podatki so lahko ustni, vizualni ali v dokumentarni obliki ali v obliki opreme ali tehnologije.

Zaupni podatki so označeni z naslednjimi stopnjami zaupnosti:

1. s stopnjo STROGO ZAUPNO so označeni podatki, katerih razkritje ali odtujitev bi lahko imela za državo hude posledice;
2. s stopnjo ZAUPNO so označeni podatki, katerih razkritje ali odtujitev bi lahko povzročila škodljive posledice za varnost in obrambno pripravljenost;
3. s stopnjo INTERNO so označeni podatki o delu državnega organa, s katerimi smejo zaradi izvajanja nalog organa ravnati samo zaposleni;

b) v Zvezni republiki Nemčiji:

dejstva, predmeti ali spoznanja, ki se v javnem interesu obravnavajo kot zaupni, ne glede na svojo obliko. Uradna služba jih kot take razvršča glede na potrebno stopnjo varovanja ali pa so tako razvrščeni na njeno zahtevo.

Zaupni podatki so:

1. GEHEIM, kadar bi seznanitev nepooblaščenih oseb s temi podatki lahko ogrozila varnost Zvezne republike Nemčije ali ene od njenih dežel ali zelo škodovala njihovim interesom;
2. VS-VERTRAULICH, kadar bi seznanitev nepooblaščenih oseb s temi podatki lahko škodovala interesom Zvezne republike Nemčije ali ene od njenih dežel;
3. VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, kadar bi seznanitev nepooblaščenih oseb s temi podatki lahko imela škodljive posledice za interese Zvezne republike Nemčije ali ene od njenih dežel.

(2) Glede na to se pogodbenici sporazumeta, da so med seboj primerljive stopnje zaupnosti podatkov:

Zvezna republika Nemčija	Republika Slovenija
GEHEIM	STROGO ZAUPNO
VS-VERTRAULICH	ZAUPNO
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	INTERNO

(3) Za zaupne podatke stopnje zaupnosti VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH /INTERNO ne veljajo določbe tretjega odstavka 2. člena glede nujnosti varnostnega preverjanja, 3. in 4. člena, prvega do tretjega odstavka 6. člena ter 7. člena.

2. člen

Notranjdržavni ukrepi

(1) Pogodbenici v okviru notranjega prava sprejmeta vse ustrezne ukrepe za varovanje zaupnih podatkov, ki se pošiljajo po tem sporazumu ali nastanejo pri izvajalcu v zvezi z naročilom z zaupnimi podatki. Zaupnim podatkom te vrste zagotovita najmanj enako varovanje zaupnosti, kot velja v postopku za lastne zaupne podatke ustrezne stopnje zaupnosti.

(2) Pogodbenici ne bosta omogočili dostopa tretjim osebam do takih zaupnih podatkov brez predhodnega soglasja organa, ki je odredil razvrstitev, in bosta zaupne podatke uporabljali izključno za navedeni namen.

(3) Do zaupnih podatkov smejo imeti dostop le osebe, ki morajo biti zaradi službenih dolžnosti seznanjene s podatki in so bile varnostno preverjene vsaj tako temeljito kot osebe, ki imajo dostop do državnih zaupnih podatkov ustreznе stopnje zaupnosti.

(4) Pogodbenici na svojem ozemlju skrbita za potrebne varnostne preglede in za upoštevanje varnostnih določb.

3. člen

Priprava naročil z zaupnimi podatki

Če ena od pogodbenic namerava dati naročilo z zaupnimi podatki izvajalcu z ozemlja druge pogodbenice oziroma za to pooblasti izvajalca na svojem ozemlju, si mora od pristojnega organa druge pogodbenice pred tem priskrbeti zagotovilo, da je predlagani izvajalec varnostno preverjen do ustreznе stopnje zaupnosti in da ima primerne varnostne ukrepe za zagotovitev ustreznega varovanja zaupnih podatkov. To zagotovilo vsebuje tudi obvezo, da je postopek, po katerem preverjeni izvajalec varuje zaupnost, v skladu z notranjedržavnimi določbami o varovanju zaupnosti in da ga nadzira vlada.

4. člen

Izvajanje naročil z zaupnimi podatki

(1) Za naročnika pristojni organ je odgovoren, da je vsak zaupen podatek, ki se pošije ali nastane na podlagi naročila, razvrščen v ustrežno stopnjo zaupnosti.

Če za izvajalca pristojni organ od druge pogodbenice to zahteva, mu ta v obliki seznama (seznam stopenj zaupnosti) sporoči sprejeto razvrščanje po stopnjah zaupnosti. V tem primeru pouči obenem tudi za izvajalca pristojni organ druge pogodbenice o tem, da se je izvajalec pri naročniku obvezal, da bo upošteval določbe svoje vlade glede ravnanja z zaupnimi podatki, ki so mu bili zaupani, in po potrebi pristojnim domačim oblastem dal ustrezno izjavo (določbo o varovanju zaupnosti).

(2) Če je za izvajalca pristojni organ od organa, ki je pristojen za naročnika, zahteval in dobil seznam stopenj zaupnosti, pisno potrdi prejem in pošlje seznam izvajalcu naročila.

(3) Za izvajalca pristojni organ vedno zagotovi, da izvajalec z deli naročila, ki jih je treba varovati kot zaupne, ravna v skladu z določbo o varovanju zaupnosti kot z zaupnimi podatki lastne države glede na vsakokratno stopnjo zaupnosti s seznama stopenj zaupnosti, ki mu je bil dostavljen.

(4) Če pristojni organ dovoli prenos naročila na podizvajalce, ustrezno veljajo določbe iz prvega in tretjega odstavka.

(5) Pogodbenici poskrbita, da se odda naročilo z zaupnimi podatki oziroma da se začne z izvajanjem delov naročila, ki jih je treba varovati kot zaupne, šele takrat, ko je izvajalec sprejel vse potrebne ukrepe za varovanje zaupnosti oziroma ko je zagotovil, da bodo ti lahko pravočasno sprejeti.

5. člen

Označevanje

- (1) Poslane zaupne podatke označi za njihovega prejemnika pristojni organ z notranjepravno primerljivo stopnjo zaupnosti ali pa se tako označijo po njegovi odredbi.
- (2) Obveznost označevanja stopnje zaupnosti velja tudi za zaupne podatke, ki nastanejo ali so razmnoženi v državi prejemnici v zvezi z naročili z zaupnimi podatki.
- (3) Stopnje zaupnosti podatkov spremeni ali odpravi za prejemnika zaupnih podatkov pristojni organ na zahtevo pristojnega organa države izvora podatkov. Pristojni organ države izvora podatkov šest tednov vnaprej sporoči pristojnemu organu druge pogodbenice, da namerava spremeniti ali odpraviti stopnje zaupnosti podatkov.

6. člen

Posredovanje zaupnih podatkov

- (1) Zaupni podatki se načeloma pošiljajo iz ene države v drugo po diplomatski ali vojaški kurirski službi. Pristojni organ potrdi prejem zaupnih podatkov in jih v skladu z notranjepravnimi varnostnimi določbami pošlje naprej prejemniku.
- (2) Pristojni organi se lahko za točno določeni primer dogovorijo – na splošno ali z določenimi omejitvami – da se smejo zaupni podatki pod pogoji tretjega odstavka smejo prenesti ne le po diplomatski ali vojaški kurirski poti, ampak tudi drugače, če bi vztrajanje pri kurirski poti lahko neprimerno otežilo prenos ali izvedbo.

(3) V primerih iz drugega odstavka:

- mora prenašalec imeti pooblastilo za dostop do zaupnih podatkov primerljive stopnje zaupnosti;
- mora odpošiljatelj hraniti seznam odposlanih zaupnih podatkov; en izvod tega seznama je treba izročiti prejemniku, da ga preda pristojnemu organu;
- morajo biti zaupni podatki zapakirani po predpisih, ki veljajo za notranji promet;
- mora biti ob predaji zaupnih podatkov podpisano potrdilo o prejemu;
- mora prenašalec imeti pri sebi kurirsko izkaznico, ki jo je izdal varnostni organ, pristojen za službo, ki podatke pošilja ali prejema.

(4) Za prenos zaupnih podatkov večjega obsega pristojni organi določijo prevoz, prevozno pot in varnostno spremstvo za vsak primer posebej.

(5) Zaupni podatki stopnje zaupnosti VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/INTERNO se prejemniku z ozemlja druge pogodbenice lahko pošljejo po pošti.

7. člen

Obiski

(1) Obiskovalcem z ozemlja ene pogodbenice se samo s predhodnim dovoljenjem pristojnega organa druge pogodbenice omogoči dostop do zaupnih podatkov in ustanov, v katerih poteka delo z zaupnimi podatki, na ozemlju druge pogodbenice.

Dovoljenje se izda samo osebam, ki so bile po zahtevanem varnostnem preverjanju pooblaščne za dostop do zaupnih podatkov.

(2) Obiskovalce je treba prijaviti pri pristojnem organu pogodbenice, na katere ozemlje potujejo, po tam veljavnih predpisih. Pristojni organi obeh strani sporočijo drug drugemu podrobno o prijavi in zagotovijo varovanje osebnih podatkov.

8. člen

Kršitve varnostnih določb

(1) Kršitve varnostnih določb, pri katerih ni mogoče izključiti izdaje zaupnih podatkov ali pa se ta domneva ali ugotovi, je treba nemudoma sporočiti drugi pogodbenici.

(2) Kršitve varnostnih določb preiskujejo in spremljajo pristojni organi in sodišča pogodbenice, ki je za to pristojna, po pravu te pogodbenice. Na zahtevo mora druga pogodbenica pomagati pri poizvedovanjih in jo je treba obveščati o rezultatih.

9. člen

Stroški izvajanja varnostnih ukrepov

Stroškov, ki jih imajo pristojni organi ene pogodbenice pri izvajanju varnostnih ukrepov, druga pogodbenica ne povrne.

10. člen

Pristojni organi

Pogodbenici se obvestita, kateri organi so pristojni za izvajanje tega sporazuma.

11. člen

Odnos do drugih dogovorov

Obstoječi področni dogovori med pogodbenicama, s katerimi je urejeno varovanje zaupnih podatkov, veljajo še naprej, če njihove določbe niso v nasprotju s tem sporazumom.

12. člen

Posvetovanja

(1) Pristojni organi pogodbenic se seznanijo z varnostnimi predpisi, ki veljajo na ozemlju druge pogodbenice.

(2) Da bi zagotovili tesno sodelovanje pri izvajanju tega sporazuma, se pristojni organi na zahtevo enega od njih medsebojno posvetujejo.

(3) Vsaka pogodbenica dovoli državnemu varnostnemu organu druge pogodbenice ali vsakemu drugemu sporazumno določenemu organu obiskati svoje ozemlje z namenom, da z njenimi varnostnimi organi razpravlja o postopkih in napravah za varovanje zaupnih podatkov, ki ji jih je dala na razpolago druga pogodbenica.

Vsaka pogodbenica pomaga temu organu pri ugotavljanju, ali so informacije, ki ji jih je dala na razpolago druga pogodbenica, dovolj zaščitene. Podrobnosti določijo pristojni organi.


13. člen

Začetek veljavnosti, trajanje, sprememba, odpoved

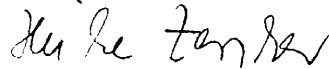
- (1) Ta sporazum začne veljati na dan, ko Vlada Republike Slovenije uradno obvesti Vlado Zvezne republike Nemčije, da so izpolnjeni notranjepravni pogoji za začetek njegove veljavnosti. Odločilen je dan prejema uradnega obvestila.
- (2) Ta sporazum je sklenjen za nedoločen čas.
- (3) Vsaka pogodbenica lahko kadar koli pisno predlaga spremembo tega sporazuma. Če ena pogodbenica da ustrezen predlog, začneta pogodbenici pogajanja za spremembo sporazuma.
- (4) Vsaka pogodbenica lahko ta sporazum ob upoštevanju šestmesečnega roka pisno odpove po diplomatski poti. Ob odpovedi je treba po tem sporazumu predane ali pri izvajalcu nastale zaupne podatke še naprej obravnavati po določbah prvega odstavka 2. člena, dokler to zahteva razvrstitev v stopnjo zaupnosti.
- (5) Po začetku veljavnosti tega sporazuma se v skladu s 102. členom Ustanovne listine Združenih narodov opravi registracija pri Sekretariatu Združenih narodov.

Sestavljeno v Ljubljani dne 12. 06. 2001 v dveh izvornikih, od katerih je vsak v slovenskem in nemškem jeziku, pri čemer je vsako besedilo enako zavezujoče.

Za Vlado
Republike Slovenije



Za Vlado
Zvezne republike Nemčije



[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF SLOVENIA AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE RECIPROCAL PROTECTION OF CLASSIFIED MATERIAL

The Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Federal Republic of Germany,

Desiring to ensure the security of all material classified or caused to be classified by the competent authority of a Contracting Party and transmitted to the other Contracting Party through expressly authorized authorities or entities in order to meet the requirements of public administration or within the framework of government treaties and contracts with public or private entities of either country,

Guided by the idea of creating security regulations that shall apply to all agreements on cooperation that may be concluded between the Contracting Parties and to all contracts to be awarded entailing an exchange of classified material,

Have agreed as follows:

Article 1. Definitions and equivalents

(1) Classified material in the meaning of this Agreement shall denote:

a) in the Republic of Slovenia:

Data that are treated in the public interest as requiring secrecy, irrespective of the form they assume. Data may occur in oral, visual, or documentary form or in the form of equipment or technology.

Classified material shall be marked at the following levels of classification:

1. The level STROGO ZAUPNO shall designate data whose disclosure or removal may have serious consequences for the State.

2. The level ZAUPNO shall designate data whose disclosure or removal may bring about damaging consequences for security and defense preparedness.

3. The level INTERNO shall designate data regarding the activities of a state agency that must be handled only by employees for the execution of the tasks of the agency.

b) in the Federal Republic of Germany:

Facts, objects, or information requiring classification in the public interest regardless of how they are presented. They are classified by, or at the request of, a competent authority in accordance with their need for protection.

Classified material is:

1. GEHEIM, if knowledge of it by unauthorized persons may pose a threat to the security of the Federal Republic of Germany or one of its states or could cause severe damage to their interests;

2. VS-VERTRAULICH, if knowledge of it by unauthorized persons may be damaging to the interests of the Federal Republic of Germany or one of its states;

3. VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, if knowledge of it by unauthorized persons may be disadvantageous to the interests of the Federal Republic of Germany or one of its states.

(2) Accordingly, the Contracting Parties have agreed that the following security classifications are equivalent:

Federal Republic of Germany	Republic of Slovenia
GEHEIM	STROGO ZAUPNO
VS-VERTRAULICH	ZAUPNO
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH INTERNO	

(3) For material classified VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/INTERNO, the provisions below in article 2 paragraph 3 with respect to the requirement of a security screening, articles 3 and 4, article 6, paragraphs 1 through 3, and article 7 shall not apply.

Article 2. National measures

(1) The Contracting Parties shall, within the framework of their national law, take all appropriate measures for the protection of classified material transmitted pursuant to this Agreement or generated by a contractor in connection with a contract involving classified material. The Contracting Parties shall afford such classified material secrecy protection that is at least equal to that applicable to their own classified material of the corresponding security classification.

(2) The Contracting Parties shall not provide access to the classified material concerned to third parties without the prior consent of the authority responsible for its classification, and they shall use the classified material exclusively for the purpose stated.

(3) The classified material may be made accessible only to such persons whose official tasks make knowledge thereof necessary and who are granted access after the necessary security screening, which must be at least as rigorous as the security screening required for access to national classified material of the corresponding security classification.

(4) The Contracting Parties within their respective territories shall carry out the necessary security inspections and shall ensure compliance with the security provisions.

Article 3. Preparation of contracts involving classified material

If a Contracting Party intends to award a contract involving classified material to a contractor in the territory of the other Contracting Party, or to commission a contractor in its territory to do this, it shall obtain an assurance beforehand from the competent authority of the other Contracting Party that the proposed contractor has security clearance up to the appropriate classification level and has taken suitable security precautions to ensure appropriate protection for the classified material. This assurance shall include the commitment

to ensure that the secrecy-protection procedures of the screened contractor comply with national secrecy-protection regulations and are monitored by the Government.

Article 4. Execution of contracts involving classified material

(1) The authority competent in respect of the awarder of the contract shall be competent for ensuring that each item of classified material transmitted or generated in connection with a contract is assigned a security classification. At the request of the other Contracting Party's authority competent in respect of the contractor, it shall transmit to that authority in the form of a list (classified material classification list) the security classifications given. In such a case, it shall at the same time inform the other Contracting Party's authority competent in respect of the contractor that the contractor has given the awarder an undertaking that it will recognize the secrecy-protection regulations of its own government in handling the classified material entrusted to it and, if necessary, will submit a declaration to that effect (secrecy-protection commitment) to the competent authority of its own country.

(2) If the authority competent in respect of the contractor has requested and received a classified material list from the authority competent in respect of the awarder of the contract, it shall acknowledge receipt thereof in writing and shall forward the list to the contractor.

(3) In any case, the authority competent in respect of the contractor shall ensure that the contractor, in accordance with his secrecy-protection commitment, treats those parts of the contract requiring secrecy protection as classified material of its own State in accordance with the respective security classification indicated in the classified material classification list forwarded to it.

(4) Insofar as the competent authority authorizes the award of subcontracts involving classified materials, paragraphs 1 to 3 shall apply, *mutatis mutandis*.

(5) The Contracting Parties shall ensure that a contract involving classified material is awarded, or that work on those parts requiring secrecy protection is begun, only when the requisite secrecy-protection measures have been taken or can be taken in good time by the contractor.

Article 5. Marking

(1) The classified material transmitted shall be marked or caused to be marked by the public authority competent in respect of the recipient with the equivalent national security classification.

(2) The obligation to mark classified material shall also apply to classified material generated or reproduced in the receiving State in connection with contracts involving classified material.

(3) Security classifications shall be changed or rescinded by the authority competent in respect of the recipient of classified material at the request of the competent authority of the State of origin. The competent authority of the State of origin shall inform the competent authority of the other Contracting State six weeks in advance of its intention to change or rescind a security classification.

Article 6. Conveyance of classified material

(1) Classified material as a rule shall be conveyed from one State to the other by diplomatic or military courier service. The competent authority shall acknowledge receipt of the classified material and shall forward it to the recipient in accordance with national security regulations.

(2) The competent authorities may agree, generally or subject to restrictions, in respect of a clearly defined project that, subject to the conditions laid down in paragraph 3, classified material may be conveyed by means other than diplomatic or military courier, if the use of a courier would render unduly difficult the conveyance of material or the execution of a contract.

(3) In the cases referred to in paragraph 2:

- the individual conveying the item must be authorized to have access to classified material of the equivalent security classification;
- a list of the classified material sent must be retained by the sender; a copy of this list shall be transmitted to the recipient for forwarding to the competent authority;
- the classified material must be packaged in accordance with the regulations enforced for conveyance within the country;
- delivery of the classified material must be effected against a certificate of receipt;
- the individual conveying the item must carry on his or her person a courier's pass issued by the security authority competent in respect of the sending or receiving entity.

(4) Where the classified material is of considerable bulk, the method of transport, the transport route, and the escort shall be decided on in each case by the competent authorities.

(5) Material classified VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/INTERNO may be sent by post to recipients in the territory of the other Contracting Party.

Article 7. Visits

(1) Visitors from the territory of a Contracting Party shall have access in the territory of the other Contracting Party to classified material and installations where work is being done using classified material only with the prior permission of the competent authority of the Contracting Party to be visited. Such permission shall be granted only to persons who are cleared to have access to classified material after the necessary security screening.

(2) Notification of visitors shall be given to the competent authority of the Contracting Party whose territory they are entering, in accordance with the regulations enforced in that territory. The competent authorities on either side shall inform each other of the details of the notification and shall ensure that personal data is protected.

Article 8. Breaches of security

(1) Breaches of security where disclosure of classified material cannot be ruled out, is suspected, or is found to have occurred, shall be communicated to the other Contracting Party without delay.

(2) Breaches of security shall be investigated and prosecuted by the competent authorities and courts of the Contracting Party which has jurisdiction, in accordance with the law of that Contracting Party. The other Contracting Party shall, upon request, assist in these investigations and shall be informed of the outcome.

Article 9. Costs of carrying out security measures

The costs incurred by the authorities of a Contracting Party in connection with the implementation of security measures shall not be reimbursed by the other Contracting Party.

Article 10. Competent authorities

The Contracting Parties shall inform one another as to which authorities are competent for the implementation of this Agreement.

Article 11. Relationship with other agreements

Sectoral agreements existing between the two Contracting Parties governing the protection of classified material shall continue to apply, insofar as their provisions do not conflict with his Agreement.

Article 12. Consultations

(1) The competent authorities of the Contracting Parties shall take note of the security regulations in force in the territory of the other Contracting Party.

(2) In order to ensure close cooperation in the implementation of this Agreement, the competent authorities shall consult one another at the request of one of these authorities.

(3) Each Contracting Party shall allow the national security authority of the other Contracting Party, or any other authority designated by mutual agreement, to make visits on its territory in order to discuss with its security authorities their procedures and facilities for the protection of classified material made available to it by the other Contracting Party. Each Contracting Party shall help the said authority to ascertain whether such information made available to it by the other Contracting Party is sufficiently protected. The details shall be settled by the competent public authorities.

Article 13. Entry into force, period of validity, amendment, and termination

(1) This Agreement shall enter into force on the date on which the Government of the Republic of Slovenia has notified the Government of the Federal Republic of Germany that the national requirements for its entry into force have been fulfilled. The date of receipt of notification shall be definitive.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(3) Either Contracting Party may at any time submit a request in writing for an amendment to this Agreement. If such a request is made by a Contracting Party, the Contracting Parties shall begin negotiations with a view to amending the Agreement.

(4) Either Contracting Party may terminate this Agreement in writing through the diplomatic channel with six months' notice. In the event of termination, classified material transmitted or generated by a contractor under this Agreement shall continue to be treated in accordance with the provisions of article 2 paragraph 1 as long as the security classification is in effect.

(5) After the entry into force of this Agreement, in accordance with article 102 of the United Nations Charter, it shall be registered with the Secretariat of the United Nations.

Done at Ljubljana on 12 June 2001 in two originals, each in the German and Slovenian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Slovenia:

IZTOK PODBREGAR

For the Government of the Federal Republic of Germany:

HEIKE ZENKER

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SLOVÉNIE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE CONCERNANT LA PROTECTION MUTUELLE DE PIÈCES CLASSIFIÉES

Le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Ayant l'intention de garantir la sécurité de toutes les pièces classifiées qui sont classifiées par les autorités compétentes de l'une des Parties contractantes et qui ont été transmises à l'autre Partie contractante par l'intermédiaire d'autorités ou d'organes à ce expressément habilités afin de satisfaire aux besoins de l'administration publique ou dans le cadre de contrats et marchés publics conclus avec des organes publics ou privés des deux États,

Afin d'arrêter un règlement de sécurité concernant la protection mutuelle des pièces classifiées qui s'applique à tous les accords à conclure entre les Parties contractantes en matière de coopération et aux contrats futurs qui prévoiront l'échange de pièces classifiées,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Définition et équivalence

1. Par pièces classifiées au sens du présent Accord, on entend :

a) Pour la République de Slovénie :

Les données qu'il est nécessaire de tenir secrètes dans l'intérêt public, quelle que soit la forme qu'elles revêtent. Ces données peuvent se présenter sous forme orale, visuelle ou documentaire, ou encore revêtir la forme d'équipements ou de technologies.

Les pièces classifiées sont caractérisées par les degrés de classification ci-après :

1) STROGO ZAUPNO, si leur divulgation ou leur découverte est susceptible de nuire gravement à l'État;

2) ZAUPNO, si leur divulgation ou leur découverte peut entraîner des conséquences dommageables pour la sécurité et la capacité de défense de l'État;

3) INTERNO, s'il s'agit de données relatives aux activités d'une autorité publique, dont l'accès doit être réservé aux agents de cette autorité dans le cadre de l'exercice des missions de celle-ci.

b) Pour la République fédérale d'Allemagne :

Des faits, des objets ou des informations qu'il est nécessaire de tenir secrets dans l'intérêt public, quelle que soit la forme qu'ils revêtent. Ils sont classifiés par un organe officiel ou sur son ordre, conformément au degré de secret qu'il est nécessaire de leur assurer.

Une pièce classifiée est marquée :

1) GEHEIM, si le fait que des personnes non autorisées en prennent connaissance risque de porter atteinte à la sécurité de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses États, ou de nuire gravement à leurs intérêts;

2) VS-VERTRAULICH, si le fait que des personnes non autorisées en prennent connaissance risque de porter atteinte aux intérêts de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses états;

3) VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, si le fait que des personnes non autorisées en prennent connaissance risque de nuire aux intérêts de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses états.

2. En vertu de quoi les Parties contractantes conviennent de l'équivalence des degrés de classification ci-après:

République fédérale d'Allemagne	République de Slovénie
GEHEIM	STROGO ZAUPNO
VS-VERTRAULICH	ZAUPNO
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	INTERNO

3. Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 2, relatives à la nécessité d'un examen de sécurité, des articles 3 et 4, des paragraphes 1 à 3 de l'article 6, ainsi que de l'article 7 ne s'appliquent pas aux pièces classifiées du degré de classification VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/INTERNO.

Article 2. Mesures de droit interne

1. Dans le cadre du droit interne, les Parties contractantes prennent toutes mesures propres à protéger les pièces classifiées qui sont remises ou sont obtenues conformément aux dispositions du présent Accord ou sont produites par un mandataire à propos d'un contrat concernant des pièces classifiées. Elles accordent à ces pièces classifiées au moins la même protection que celles qui s'appliquent à leurs propres pièces classifiées dans la même catégorie.

2. Les Parties contractantes ne communiquent pas aux tiers les pièces classifiées concernées sans avoir obtenu auparavant l'autorisation écrite de la Partie contractante qui a effectué la classification et veillent à ce que les pièces classifiées soient utilisées uniquement aux fins indiquées.

3. Les pièces classifiées ne peuvent notamment être communiquées qu'aux seules personnes tenues d'en prendre connaissance dans l'exercice de leurs fonctions et habilitées à y accéder au terme d'un examen de sécurité qui doit être au moins équivalent à celui que la Partie contractante exige pour l'accès à ses propres pièces classifiées dans la même catégorie.

4. Sur leurs propres territoires, les Parties contractantes garantissent les inspections de sécurité nécessaires et visent au respect des dispositions applicables en matière de sécurité.

Article 3. Établissement des contrats concernant des pièces classifiées

La Partie contractante qui a l'intention de conclure un contrat concernant des pièces classifiées avec un mandataire sur le territoire de l'autre Partie contractante ou qui charge un organe institué sur son territoire de le faire, obtient auparavant de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante une assurance que le mandataire prévu a fait l'objet d'un examen de sécurité jusqu'à la classification nécessaire et peut prendre des dispositions de sécurité appropriées pour garantir la protection nécessaire des pièces classifiées. Au titre de cette assurance, elle doit obtenir l'engagement que les mesures de protection du mandataire qui a fait l'objet de l'examen de sécurité sont conformes aux dispositions de droit interne relatives à la protection des pièces classifiées et sont soumis à la protection des autorités compétentes.

Article 4. Exécution des contrats concernant les pièces classifiées

1. Il incombe aux autorités compétentes pour le donneur de l'ordre de s'assurer que sont classifiées toutes les pièces classifiées remises ou obtenues dans le cadre d'un contrat. À la demande des autorités de l'autre Partie contractante compétentes pour le mandataire, elles sont tenues de communiquer à celles-ci les mesures de classification prises sous forme de liste (liste des mesures de classification). Dans ce cas, elles informent simultanément les autorités de l'autre Partie contractante compétentes pour le mandataire de ce que le mandataire s'est engagé auprès du donneur d'ordre à traiter les pièces classifiées qui lui sont confiées tout comme s'il s'agissait de pièces classifiées de son propre gouvernement et, le cas échéant, à remettre une déclaration en ce sens (clause de protection du secret) aux autorités compétentes de son propre état.

2. Les autorités compétentes pour le mandataire qui ont demandé et obtenu une liste des mesures de classification des autorités compétentes pour le donneur de l'ordre accusent par écrit réception de cette liste, qu'elles remettent au mandataire.

3. Les autorités compétentes pour le mandataire s'assurent que le mandataire traite les pièces classifiées de l'autre Partie contractante comme s'il s'agissait de pièces classifiées de son propre État, conformément à leur classification indiquée dans la liste des mesures de classification qui lui a été remise.

4. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article s'appliquent mutatis mutandis à la passation des sous-contrats concernant des pièces classifiées qui est autorisée par les autorités compétentes.

5. Les Parties contractantes veillent à ce que les contrats concernant des pièces classifiées ne soient conclus et à ce que les parties du travail qui nécessitent des mesures de secret ne commencent qu'une fois que le mandataire a pris les dispositions nécessaires pour assurer leur secret ou peut les prendre en temps utile.

Article 5. Marquage

1. Les pièces classifiées à transmettre sont marquées par les autorités compétentes pour le destinataire ou sur leur ordre de l'indication du degré de classification nationale comparable.

2. L'obligation de marquage s'applique aussi aux pièces classifiées produites ou reproduites sur le territoire de l'État destinataire à l'occasion d'un contrat concernant des pièces classifiées.

3. Le degré de classification est modifié ou supprimé par les autorités compétentes pour le destinataire des pièces classifiées à la demande des autorités compétentes de l'État d'origine. Les autorités compétentes de l'État d'origine communiquent aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante leur intention de modifier ou de supprimer le degré de classification avec un préavis de six semaines.

Article 6. Remise de pièces classifiées

1. Les pièces classifiées sont remises par l'une des États à l'autre en principe par des courriers diplomatiques ou militaires. Les autorités compétentes accusent réception des pièces classifiées et les remettent au destinataire conformément aux dispositions nationales de sécurité relatives à la protection des pièces classifiées.

2. Les autorités compétentes peuvent convenir dans certains cas, de manière générale ou dans certaines conditions, que les pièces classifiées peuvent être transportées conformément aux dispositions du paragraphe 3 par une voie autre que les courriers diplomatiques ou militaires, dans la mesure où l'acheminement par courrier pourrait poser des difficultés excessives.

3. Dans les cas visés au paragraphe 2:

- Le transporteur doit être habilité à l'accès aux pièces classifiées dans une catégorie de classification comparable;

- L'état des pièces classifiées transportées doit être conservé par l'organe qui les envoie; un exemplaire de cet état doit être remis au destinataire afin qu'il le remette lui-même aux autorités compétentes;

- Les pièces classifiées doivent être emballées conformément au dispositif en vigueur pour le transport sur le territoire de la Partie concernée;

- La remise des pièces classifiées se fait en échange d'un accusé de réception;

- Le transporteur doit être porteur d'une pièce d'identité de courrier établie par les autorités compétentes de l'entité destinataire ou d'origine.

4. Pour le transport de pièces classifiées dont le volume est important, les autorités compétentes déterminent les conditions et l'itinéraire du transport, ainsi que les mesures de protection pour son accompagnement dans chaque cas.

5. Les pièces classifiées VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/INTERNO peuvent être envoyées par la poste au destinataire sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 7. Visites

1. Les personnes provenant du territoire de l'une des Parties contractantes qui effectuent une visite sur le territoire de l'autre Partie ne sont autorisées à avoir accès aux pièces classifiées, ainsi qu'aux établissements où des travaux sont consacrés à ces pièces, qu'avec l'autorisation préalable écrite des autorités compétentes de la Partie contractante où doit avoir lieu la visite. Cette autorisation n'est délivrée qu'aux personnes qui sont habilitées à avoir accès aux pièces classifiées après les examens de sécurité requis.

2. Les visites doivent être notifiées aux autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elles ont lieu, conformément aux dispositions applicables sur le territoire de cette Partie. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes se communiquent des renseignements détaillés concernant la notification et garantissent la protection des informations concernant les personnes.

Article 8. Infractions à la sécurité

1. Les infractions à la sécurité pour lesquelles la divulgation concernant des pièces classifiées n'est pas à exclure, est présumée ou constatée doivent être signalées sans retard à l'autre Partie contractante.

2. Les infractions à la sécurité font l'objet d'enquêtes et de poursuites de la part des autorités compétentes et des tribunaux compétents de la Partie contractante elle-même compétente, conformément au droit de celle-ci. L'autre Partie contractante apporte son appui pour l'enquête et est informée des résultats.

Article 9. Coûts des mesures de sécurité

Les coûts encourus par l'une des Parties contractantes pour appliquer les mesures de sécurité ne sont pas remboursés par l'autre Partie contractante.

Article 10. Autorités compétentes

Les autorités de chaque Partie contractante informent l'autre des autorités qui sont compétentes pour l'application du présent Accord.

Article 11. Rapport avec d'autres conventions

Les autres conventions existantes dans le même domaine entre les deux Parties contractantes et qui règlent la protection des pièces classifiées restent d'application, pour autant que leurs dispositions ne sont pas contraires au présent Accord.

Article 12. Consultations

1. Les autorités compétentes des Parties contractantes prennent connaissance des règles de sécurité en vigueur sur le territoire de l'autre Partie.

2. Pour garantir une collaboration étroite aux fins de l'application du présent Accord, les autorités compétentes se consultent à la demande de l'une d'elles.

3. Chacune des Parties contractantes autorise l'autorité nationale de sécurité de l'autre Partie contractante ou toute autre autorité désignée d'un commun accord à effectuer des visites sur son territoire afin d'y interroger les représentants des autorités compétentes au sujet des procédés et des installations qui servent à protéger les pièces classifiées qui ont été mises à leur disposition par l'autre Partie contractante. Chacune des Parties contractantes apporte son appui à ladite autorité pour déterminer si une protection suffisante est accordée aux pièces classifiées qui ont été mises à sa disposition par l'autre Partie contractante. Les détails sont à arrêter par les autorités compétentes.

Article 13. Entrée en vigueur, durée, modification, dénonciation

1. Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle le Gouvernement de la République de Slovénie aura notifié au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que les dispositions prévues par son droit interne pour l'entrée en vigueur ont été remplies. Cette date est la date de réception de ladite notification.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3. Chacune des Parties contractantes peut demander par écrit la modification du présent Accord. Dans ce cas, les Parties contractantes entament des négociations aux fins de cette modification.

4. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord par écrit et par la voie diplomatique avec un préavis de six mois. En cas de dénonciation, les dispositions de l'article 2, paragraphe 1, continuent de s'appliquer aux pièces classifiées remises ou envoyées par un mandataire sur la base du présent Accord tant que la classification de sécurité l'exige.

5. Après son entrée en vigueur, le présent Accord sera enregistré au Secrétariat des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Fait à Ljubljana, le 12 juin 2001 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et slovène, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République de Slovénie :

IZTOK PODBREGAR

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

HEIKE ZENKER